

Antrag I03: Initiativantrag „Gegen den Umbau von ‚Demokratie leben!‘ – Für Resilienz statt Misstrauen“

| | |
|---------------------|---|
| Antragsteller*in: | Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft |
| Status: | angenommen in geänderter Fassung |
| Empfehlung der ABK: | Annahme in geänderter Fassung |

1 Der Deutsche Gewerkschaftsbund spricht sich klar gegen Kürzungen beim Bundesprogramm
2 „Demokratie leben“ aus. Die verschiedenen Äußerungen zum Umbau des Programms haben
3 tiefe Verunsicherung ausgelöst und drohen jene Strukturen zu schwächen, die seit
4 Jahren wirksam für Demokratie und Vielfalt sowie gegen Rechtsextremismus,
5 Antisemitismus, Antifeminismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
6 arbeiten. Über 140 zivilgesellschaftliche Organisationen warnen vor einem Kahlschlag
7 der Demokratiearbeit – besonders in Kommunen, wo Bildungsangebote für Schulen,
8 Vereine und Initiativen wegfallen. Die angekündigte „Umstrukturierung und
9 Neuausrichtung“ stellt sich für diese in der Praxis als massive Kürzung dar – mit
10 gravierenden Folgen für die etablierten Strukturen, das Vertrauen und die
11 Kooperationspartner in der Bildungsarbeit, in Verwaltungen und in weiteren
12 Regelstrukturen.

13 In einer Zeit, in der demokratische Institutionen unter massivem Druck stehen,
14 braucht es Verlässlichkeit und Rückendeckung statt Kürzungen. Demokratiearbeit ist
15 keine Zusatzaufgabe nach Haushaltslage, sondern dauerhafte Voraussetzung für
16 gesellschaftlichen Zusammenhalt, politische Bildung und demokratische Teilhabe.

17 Die geplanten Veränderungen setzen auf Misstrauen gegenüber der Zivilgesellschaft,
18 statt ihr über Jahre aufgebautes Fachwissen anzuerkennen. Eine lebendige Demokratie
19 braucht eine starke, kritische und engagierte Zivilgesellschaft. Die vielen Träger,
20 Initiativen, Beratungsstellen und Netzwerke sind keine beliebigen Projektträger,
21 sondern unverzichtbare Partner*innen einer demokratischen Infrastruktur, die vor Ort
22 (teils) basierend auf langjähriger Erfahrung Konflikte bearbeiten, Betroffene
23 unterstützen, Prävention leisten und Handlungssicherheit in Schulen, Jugendhilfe,
24 Kommunen und Betrieben schaffen.

25 Der jetzt geplante Umbau ist kein technischer Verwaltungsakt, sondern ein erheblicher
26 Eingriff in die demokratische Förderlandschaft, der die gewachsenen
27 zivilgesellschaftlichen Strukturen sowie ihre Expertise infrage stellt.

28 Besonders gravierend: Bereits zugesagte Fördermittel für Innovationsprojekte und
29 Kompetenznetzwerke im Programmbereich „Entwicklung einer bundeszentralen
30 Infrastruktur“ sollen wegfallen. Damit würden bundesweit Kooperationsstrukturen,
31 Wissensaustausch und Qualitätsentwicklung geschwächt. Gerade diese bewährten
32 Strukturen geraten durch politische Umsteuerungen und mögliche Mittelverschiebungen
33 zusätzlich unter Druck. Das erzeugt eine massive Verunsicherung.

34 Schulen und andere Bildungseinrichtungen brauchen Rückendeckung. Demokratiebildung
35 darf nicht als isolierte Zusatzaufgabe missverstanden werden, sondern ist Bestandteil
36 des Bildungsauftrags und erfordert Kooperation mit externer Fachkompetenz,
37 Fortbildung, Beratung und langfristig abgesicherte Netzwerke.

38 Auch in der Arbeitswelt sind Demokratie und Demokratiebildung keine
39 Selbstverständlichkeit. Betriebe, Ausbildungsstätten und gewerkschaftliche
40 Bildungsarbeit sind Orte, an denen antisemitische, rassistische, queerfeindliche und
41 andere antidemokratische sowie rechtsextreme Tendenzen früh erkannt und
42 zurückgedrängt werden müssen. Wer hier an der Förderung spart, schwächt die Fähigkeit
43 von Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen, sich gegen Spaltung, Ausgrenzung
44 und autoritäre Strukturen zu wehren. Deshalb begrüßt der DGB, dass das Ministerium
45 der Arbeitsweltorientierung in „Demokratie leben“ wieder einen höheren Stellenwert
46 beimessen will.

47 Eine moderne Demokratiepoltik braucht nicht weniger, sondern mehr verlässliche
48 Strukturen, mehr Vertrauen in Fachpraxis und mehr Beteiligung derjenigen, die
49 demokratische Kultur im Alltag stärken.

50 **Forderungen**

51 Der DGB fordert die Bundesregierung auf:

- 52 • Kürzungen bei Demokratie leben zu stoppen und einen pluralen, transparenten
53 Prozess auf Augenhöhe mit Partner- und Trägerorganisationen einzuleiten, um die
54 fachliche Weiterentwicklung des Programms zu diskutieren.
- 55 • Die zivilgesellschaftlichen Träger, Fachstellen und Kompetenznetzwerke
56 langfristig zu fördern und deren bundesweite Vernetzung, Wissenstransfer und
57 Qualitätsstandards als unverzichtbare Säule der Demokratieförderung zu sichern.
- 58 • Demokratiewarbeit durch Ergebnisse eines transparenten Evaluationsverfahrens auf
59 sozialwissenschaftlicher Grundlage und unter Einbeziehung der Praxiserfahrung
60 vor Ort weiterzuentwickeln.
- 61 • Kitas, Schulen, Jugendhilfe und weitere Regelstrukturen zusätzlich zu stärken,
62 ohne funktionierende Netzwerke und externe Fachkompetenz abzubauen.
- 63 • Ein Demokratiefördergesetz mit verlässlicher, mehrjähriger Finanzierung auf den
64 Weg zu bringen.
- 65 • Gleichstellungspolitische und queere Bildungsangebote nicht als
66 identitätspolitische Minderheitenthemen zu diskreditieren, sondern als Grundlage
67 einer funktionierenden Demokratie anzuerkennen.